



Verfassung und künstliche Intelligenz

International Commission of Jurists
21. Oktober 2022

Prof. Dr. Martin Eifert, LL.M. (Berkeley)
– Humboldt Universität zu Berlin –

A. Künstliche Intelligenz als
überstarker Aufmerksamkeitsmagnet

B. Funktionale Analyse mit Blick auf
verfassungsrechtliche Anforderungen

C. Fazit: Verfassungsauftrag zur Gestaltung und
Einbettung von KI

A. Künstliche Intelligenz als überstarker Aufmerksamkeitsmagnet

I. Künstliche Intelligenz als polarisierender Extremfall

II. Verengungen des Problemhorizonts als Folge der Fokussierung auf KI

III. Verengungen der rechtlichen Diskussion als Folge der Fokussierung auf KI

1. Verengter regulatorischer Ansatz: Nutzungskontexte und Entscheidungsarchitekturen unterbelichtet
2. Romantisierung menschlicher Fähigkeiten: Unproduktive kategoriale Unterscheidungen

B. Funktionale Analyse mit Blick auf verfassungsrechtliche Anforderungen

- I. KI als Instrument gebotener Selbstaufklärung und Qualitätsverbesserung
- II. KI als (Mit-)Entscheider in der Verwaltung
 1. Rechtsstaatliche Grundanforderungen angesichts der Automatisierung
 2. Nachvollziehbarkeit als Problem der Begründung und Kontrolle komplexer Software-Systeme
- III. KI in Privatrechtsbeziehungen
 1. Bereiche unterschiedlicher verfassungsrechtlicher Prägung
 2. Grundrechtliche Schutzpflichten

B. Funktionale Analyse mit Blick auf verfassungsrechtliche Anforderungen

II. KI als (Mit-)Entscheider in der Verwaltung

1. Rechtsstaatliche Grundanforderungen angesichts der Automatisierung
2. Nachvollziehbarkeit als Problem der Begründung und Kontrolle komplexer Software-Systeme
 - a) Die spezifische Arbeitsweise der KI und ihr Black-Box-Charakter
 - b) Begründung und Kontrolle im Einzelfall als potentiell leerlaufende normative Anforderungen
 - c) Das spezifische Diskriminierungsproblem
 - d) Nur begrenzte Kompensation durch Kontrollmechanismen wie eine menschliche Nachkontrolle
 - e) Rechtliche Folgen für den Einsatzbereich von KI
 - f) Gesetzesvorbehalt für den Einsatz von KI?

B. Funktionale Analyse mit Blick auf verfassungsrechtliche Anforderungen

- I. KI als Instrument gebotener Selbstaufklärung und Qualitätsverbesserung
- II. KI als (Mit-)Entscheider in der Verwaltung
 1. Rechtsstaatliche Grundanforderungen angesichts der Automatisierung
 2. Nachvollziehbarkeit als Problem der Begründung und Kontrolle komplexer Software-Systeme
- III. KI in Privatrechtsbeziehungen
 1. Bereiche unterschiedlicher verfassungsrechtlicher Prägung
 2. Grundrechtliche Schutzpflichten

C. Fazit: Verfassungsauftrag zur Gestaltung und Einbettung von KI



Vielen Dank!

martin.eifert@hu-berlin.de